

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Freitag, den 28. Mai 1880.

Nr. 244.

Abonnements-Einladung.

Wir eröffnen hiermit ein neues Abonnement auf den Monat Juni für die täglich einmal erscheinende Pommerische Zeitung mit 50 Pf., auf die zweimal täglich erscheinende Stettiner Zeitung mit 67 Pf. Bestellungen nehmen alle Postämter an.

Die Redaktion.

Deutschland.

Berlin, 27. Mai. Mit dem gestrigen Tage hat der zum Direktor der Domänen-Abteilung im Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten ernannte Geh. Ober-Finanzrath Rötger die Leitung der Geschäfte der Seehandlung übernommen. Wenn einzelne Zeitungen bereits den mutmaßlichen Nachfolger des verstorbenen Prääsidenten v. Bitter bezeichnen, so muß, abgesehen davon, daß diese Namen wohl nicht als Kandidaten genannt werden können, erklärt werden, daß, wie es in der Natur der Sache liegt, über die Wiederbesetzung der Stelle noch nicht die geringste Verhandlung stattgefunden hat.

Die im Reichs-Eisenbahnamt aufgestellte Uebersicht der Betriebs-Ergebnisse auf den Eisenbahnen Deutschlands im Monat April ergibt für die 83 Bahnen, welche auch schon im entsprechenden Monat des Vorjahres im Betriebe waren und zur Vergleichung gezogen werden konnten, nachstehende Daten. Die Einnahme aus allen Verkehrsweigen war bei 44 Bahnen höher, bei 39 Bahnen geringer als in demselben Monat des Vorjahres; die Einnahme vom 1. Januar bis Ende April d. J. bei 72 Bahnen höher und bei 11 Bahnen geringer als in demselben Zeitraum des Vorjahres.

Angesichts des heranrückenden Termins, an welchem die Akademie des Bauwesens in's Leben treten soll, dürfte ein Rückblick auf die Entwicklung der bezüglichlichen Einrichtungen im Laufe der letzten 30 Jahre von Interesse sein.

Im Jahre 1848 wurde im Monat April die Verwaltung des öffentlichen Bauwesens auf das Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten übertragen. Durch allerhöchste Verordnung vom 14. Januar 1850 wurde nach den Bestimmungen über die obere Verwaltung des Bauwesens vom 22. Dezember 1849 die von der Ober-Bau-Deputation bisher wahrgenommenen Geschäfte der Abtheilung für das Bauwesen des genannten Ministeriums übergeben und gleichzeitig die technische Bau-Deputation errichtet. Dieselbe hatte den Zweck, das gesamte Baufach in künstlerischer und wissenschaftlicher Beziehung zu repräsentieren, die Anwendung allgemeiner Grundsätze im öffentlichen Bauwesen zu prüfen, Erfahrungen und Vorschläge zu begutachten und für die weitere Ausbildung des Bau-fach-sorge zu tragen. Auch fungirte diese Deputation bis 1875 als Kuratorium der Bau-Akademie und bis Ende 1876 als Prüfungsbehörde für Bau-führer und Baumeister. Eine solche Organisation der Deputation und die ihr mannigfaltig zugetheilten Aufgaben ließen in den Jahren nicht erkennen, daß sie den ursprünglichen Zweck, die Förderung der vaterländischen Baukunst, in vollem Umfange erfülle, und man nahm daher darauf Bedacht, neue Einrichtungen zu treffen, welche eine ersprießliche Thätigkeit für dieses Fach entfalten könnten. Aus diesem Grunde wurden Vorschläge gemacht, die namentlich in Betreff der zu wählenden Mitglieder einen neuen Modus in Aussicht nahmen, durch welchen dieselben auf den Vorschlag des Ministers der öffentlichen Arbeiten durch den König ernannt werden sollten. Man verfolgte mit dieser Ansicht zugleich den Zweck, die Wahl der Mitglieder nicht lediglich auf preussische Bautechniker zu beschränken, sondern in einzelnen Fällen Kapazitäten anderer Staaten des deutschen Reiches heranziehen zu können. An diesen Vorschlag reihte sich ein zweiter, der ebenfalls von hoher praktischer Bedeutung war, nämlich die Begrenzung der Wahl der Mitglieder auf einen gewissen Zeitraum, sowie die Einrichtung zweier Senate, für den Hochbau und für das Ingenieur- und Maschinenwesen, um dadurch dem Gesammt-Kollegium zunächst die Aufgabe der Beratung der Fragen organisatorischer und allgemein technischer Natur besonders zu überlassen. Nach diesen Gesichtspunkten haben sich bis jetzt zur Einführung gelangenden neuen Einrichtungen entwickelt. Den Mitgliedern der mit dem 1. Oktober d. Jo.

in's Leben tretenden Akademie des Bauwesens soll die Berechtigung zustehen, die Wahl des Prääsidenten und der Abtheilungs-Dirigenten unter Vorbehalt königlicher Bestätigung selbstständig vorzunehmen, sowie geeignete Personen als Mitglieder selbst vorzuschlagen. Man darf erwarten, daß diese Akademie des Bauwesens ein großes Feld der Thätigkeit offen finden wird, zumal auch anzunehmen ist, daß die Reichsbehörden, welche zur Zeit eine begutachtende technische Oberinstanz nicht haben, in eine zweckentsprechende Verbindung mit dieser Akademie treten werden.

Berlin, 27. Mai. Die „Nordd. Allg. Z.“ läßt zu den gestern veröffentlichten Aktienstücken drei weitere folgen:

„Berlin, den 5. Mai 1880.“

Auszug.

Aus Eurer Durchlaucht gefälligem Bericht vom 30. v. Mts. — Nr. 209 —, mit dessen Inhalt die Meldungen des Grafen Werthern aus München und des Herrn v.adowitz aus Paris, welche ich in Abschrift resp. im Auszug beizufügen mich beehre, parallel gegen, hat der Herr Reichskanzler den niedererlegten Eindruck von der Unfruchtbarkeit unserer Verhandlungen gewinnen müssen. Die Ablehnung jedes Einflusses auf die Centrumpartei, welche eine erhebliche Zahl von Priestern enthält und zum größeren Theil unter priesterlichem Einfluß gewählt wird, ist uns beinahe zehn Jahre lang entgegengehalten worden; und ist es doch diese Partei, die 1871 den Konflikt geschaffen hat und ihn forsetzt. Der Charakter der Partei, ihr Verhalten gegenüber der Regierung, ihr Zusammenwirken mit den negierenden und den destruktiven Elementen sind Eurer Durchlaucht aus eigener Wahrnehmung bekannt und in der anliegenden retrospektiven Denkschrift näher beleuchtet.

Das darin richtig geschätzte Verhalten der Centrumpartei ist für uns der Maßstab für die Wahrscheinlichkeit, mit welcher wir auf einen Erfolg unserer römischen Verhandlungen rechnen dürfen. Dieses Verhalten hat seit dem vorigen Herbst bis heute für die bejahende Beantwortung dieser Frage auch den letzten Anhalt zerstört, so daß der Reichskanzler sich von den Verhandlungen mit dem Vatikan gegenwärtig kein Ergebnis verspricht. Die Hoffnung des Reichskanzlers auf einen günstigen Erfolg der Unterhandlungen ist durch das Verhalten des Centrums geschwunden. Die Erklärung, daß der römische Stuhl keinen Einfluß auf das Centrum besitze, findet bei uns nicht Glauben. Eurer Durchlaucht wollen gefälligst hinzufügen, daß die Remedur durch eine veränderte Haltung des Centrums auf dem Terrain des Reichstages, bei dem bald bevorstehenden Schlusse der Session, nicht mehr möglich und auf dem Terrain des bevorstehenden Landtages nicht wahrscheinlich sei. Habe der Papst wirklich keinen Einfluß auf das Centrum, was helfe der weltlichen Regierung dann eine Verständigung, die ihn zufrieden stelle? So wenig es auch mit den wiederholten gegen uns und öffentlich abgegebenen Versicherungen der Kurie von ihren erhaltenen Versicherungen verträglich scheint, so konsequent haben wir doch das Centrum mit den sozialistischen und fortschrittlichen Republikanern in dem monarchischen Deutschland zusammengehehen.

gez.: v. Hohenlohe.

Seiner Durchlaucht dem kaiserlichen
Botschafter Prinzen Reuß.

Wien."

„Berlin, den 14. Mai 1880.“

Auszug.

In Beantwortung der gefälligen Berichte Nr. 177 und Nr. 196 über Eurer Durchlaucht Unterredungen mit dem Pronuntius am 15. und 22. v. Mts. habe ich zunächst daran zu erinnern, daß die Depesche des Kardinal-Staatssekretärs vom 23. März und der Staatsministerialbeschluss vom 17. desselben Monats, welchem das Breve vom 24. Februar zum Grunde liegt, einander dergestalt gekreuzt haben, daß die erstere am 4. April zu unserer, der letztere am 6. April zu des Pronuntius Kenntniß gelangt ist. Während auf die Mitteilung des Staatsministerial-Beschlusses die amtliche Antwort der Kurie noch aussteht, ist die Depesche vom 23. März, sind insbesondere die darin gestellten drei Fragen von dem preussischen Herrn Kultusminister und demnachst in einer neuerlichen Beratung des königlichen Staatsministeriums mit der achtungsvollen Sorgfalt erwogen worden, welche

einer auf den ausdrücklichen Befehl Seiner Heiligkeit erfolgten Aeußerung zugehören.

Der Widerstand gegen die kirchenpolitischen Gesetze ist aus dem Kreise des höheren Klerus in die Vertretungskörper verpflanzt worden durch die Centrumsfraktion, die sich als Anwalt der katholischen Interessen, als dem päpstlichen Stuhle unbedingt ergeben geriet, eine erhebliche Anzahl von Priestern enthält und zum größten Theile unter priesterlichem Einfluß gewählt ist. Von der Bekämpfung jener Gesetze, während sie beraten worden, von dem Verlangen nach ihrer Aufhebung, seit sie verfassungsmäßig zu Stande gekommen waren, ist diese Fraktion allmählig zu einer grundsätzlichen Opposition gegen alle Vorlagen und Maßregeln der preussischen und der deutschen Regierung übergegangen. Nur in der Tarifreform stimmte das Centrum im vorigen Jahre ausnahmsweise für die Regierung. Ich hatte aus dieser Annäherung das Vertrauen geschöpft, daß unsere Verhandlungen mit Rom mehr als früher Aussicht auf Erfolg hätten, und war denselben bereitwillig näher getreten. Dieses mein Vertrauen hat der Entmutigung weichen müssen, nachdem während der abgelaufenen Session des preussischen Landtages das Centrum in Angelegenheiten, welche nicht entfernt das kirchliche Gebiet berühren, geschlossen die Regierung bekämpft und jede reichsfeindliche Bestrebung unter seinen Schuß genommen hat.

Am auffallendsten war das bei der Beratung über die Verlängerung des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialisten. Obgleich diese Bestrebungen erst in dem Breve vom 24. Februar in Uebereinstimmung mit vielen vorangegangenen Kundgebungen des päpstlichen Stuhles auf das Nachdrücklichste verurtheilt waren, obgleich in einem Schreiben des Kardinal-Staatssekretärs vom 23. Januar 1879 an mich unter den erfreulichen seit der Thronbesteigung Seiner Heiligkeit erreichten Resultaten die offene und laute Erklärung der katholischen Unterthanen ihres vollen Vertrauens und ihrer völligen Ergebung in den Willen des heiligen Stuhles hervorgehoben ist, so hat doch das Centrum unter dem Vorwande, die Sozialisten allerdings bekämpfen zu wollen, nur nicht gerade so, wie die Regierung es wolle, mit den Sozialisten gestimmt, während andere Parteien, soweit sie nicht auch auf einen Umsturz hinarbeiten, ihre sonstigen Meinungsverschiedenheiten vergessend, die Verlängerung des Gesetzes genehmigt haben. Mit diesem Verhalten der katholischen Fraktion steht das Entgegenkommen der preussischen Regierung in eigenthümlichem Kontrast, indem diese Regierung innerhalb des ihr gelassenen Spielraums eine zunehmend milde Praxis in der Anwendung der kirchenpolitischen Gesetze bis auf den heutigen Tag hat walten lassen, was das anliegende Verzeichniß der betreffenden Maßnahmen nachweist.

Es drängt sich die Frage auf, ob der päpstliche Stuhl nicht den Willen oder nicht die Macht hat, die klerikale Fraktion von der Beschüßung derjenigen Bestrebungen abzuhalten, die er selbst so entsetzlich verdammt. Jedenfalls hat diese Wahrnehmung bei der königlichen Regierung die Hoffnung, daß das Entgegenkommen ein gegenseitiges sein werde, und das Vertrauen, daß die Verhandlungen in jehiger Sachlage zur Verständigung führen werden, wesentlich abgeschwächt. Dem ungeachtet wird die königliche Regierung in derselben friebliebenden Gesinnung, welche sie den ersten Eröffnungen Seiner Heiligkeit entgegenbrachte, und in der Theilnahme, welche sie stets für die verwaisenen Gemeinden empfunden hat, nicht länger zögern, aus ihrer eigenen Initiative heraus diejenigen Maßregeln den gesetzgebenden Faktoren vorzuschlagen, welche mit den unveräußerlichen Rechten des Staates verträglich sind und nach ihrer Ueberzeugung und nach ihren Wahrnehmungen an anderen Ländern die Wiederherstellung einer geordneten Diözesanverwaltung und die Abhilfe des eingetretenen Priestermangels möglich machen.

Ueber den Moment, in welchem wir die Verhandlungen mit der Kurie fortsetzen können, werden wir uns zu erklären erst im Stande sein, nachdem der Landtag über die beabsichtigte Vorlage entschieden hat, was, wie wir hoffen, in wenigen Wochen der Fall sein wird. Es wird sich dann meines Erachtens hauptsächlich darum handeln, daß in Wege der Begnadigung und der Benennung der von dem Landtage zu erlangenden freieren Bewegung auf dem Boden der Gesetze die Ausübung der

bischöflichen Funktionen möglich gemacht wird, sei es durch die früheren Inhaber, sei es durch neue, vorausgesetzt, daß die einen wie die anderen die Anzeigepflicht erfüllen.

Eure Durchlaucht ersuche ich ganz ergebenst, das Vorstehende unter Ueberreichung des anliegenden Verzeichnisses mündlich, jedoch amtlich, zur Kenntniß des Pronuntius bringen zu wollen, mit dem Anheimstellen, ihm eine französische Uebersetzung davon zu geben.

(gez.) v. Bismarck.

Seiner Durchlaucht dem kaiserlichen Botschafter
Prinzen Heinrich VII. Reuß

Wien."

„Berlin, den 21. Mai 1880.“

Eurer Durchlaucht Berichte vom 17. und 19. v. Mts. — Nr. 242 und 247 — habe ich nach einander erhalten. Wie sich aus dem letzteren ergibt, hat wieder eine Kreuzung der Korrespondenz stattgefunden, indem die Depesche des Kardinals Nina, welche die in Folge meines Erlasses vom 4. April geschehene Mitteilung des Staatsministerialbeschlusses vom 17. März beantwortet, und mein letzter Erlass — Nr. 350 — beide vom 14. v. Mts. datirt sind. Dieser Zufall ist, obwohl beide Schriftstücke den einseitigen Verzicht auf eine Fortsetzung der Verständigungsversuche aussprechen, doch am deshalb zu bedauern, weil meinem Erlass Nr. 350 eine detaillierte Nachweisung der dem Papste vielleicht nicht vollständig bekannten Maßregeln beilag, welche wir seit Jahr und Tag innerhalb des Spielraums, den uns die Gesetze ließen, getroffen haben, um die durch den Konflikt entstandenen Bedürfnisse der katholischen Bevölkerung und die von den päpstlichen Unterhändlern kundgegebenen Wünsche zu befriedigen.

Die durch die Depesche des Kardinal-Staatssekretärs vom 14. v. Mts. übermittelten Entschlüssen Seiner Heiligkeit belege ich und kann sie nur aus zu hoch gespannten Zielen oder aus einem Mißverstehen der Situation erklären. Wir sind nicht in der Lage, in der Praxis ein weiteres Entgegenkommen zu üben, noch weniger die Abschaffung eines Gesetzes ohne den Landtag zu versprechen, selbst wenn wir dieselbe wollten; zu dem einen, wie zu dem anderen ist die Zustimmung der gesetzgebenden Faktoren erforderlich. Angenommen, wir wären mit dem päpstlichen Stuhle zu einer ihn befriedigenden Verständigung gelangt, so würden wir doch das Zugeständnis nicht eher leisten können, als bis der Landtag es gebilligt hätte. Wenn die Kurie ihrerseits dagegen auftritt, daß die preussische Regierung sich die Machtvollkommenheit verschaffen wird, ihr mehr als bisher entgegenkommen zu können, so habe ich dafür kein Bedenken; jedenfalls kann diese ablehnende Haltung auf das, was wir im eigenen Lande zu thun haben, keine Wirkung üben. Wir müssen so regieren, wie die Gesetze es vorschreiben, und werden diejenigen Veränderungen derselben zu erreichen suchen, welche wir im Interesse unserer katholischen Mitbürger angeht und mit dem Wohle und den unveräußerlichen Rechten des Staates vereinbar finden. Die Art und Weise, wie dieses unser Entgegenkommen aufgenommen wird, muß uns den Eindruck machen, daß der Wille, mit uns zu einer Verständigung zu gelangen, entweder nicht ernst ist oder in seiner praktischen Betätigung auf Hindernisse stößt; anderen Falles wäre es schwer, zu erklären, daß der Papst uns davon abräth, einen Weg zu betreten, der dahin zu führen bestimmt ist, die Bischöfe und die regelmäßige, ausreichende Seelsorge zurückzubringen, also das zu erfüllen, um was es dem Haupte der römischen Kirche zu thun sein muß und nach wiederholten Aeußerungen zu thun ist. Die Erklärung: wenn die preussische Regierung der katholischen Kirche keinen anderen Vortheil zugestehen wolle, als den, der in diskretionären Gewalten liege, so müsse die in dem Breve vom 24. Februar ausgesprochene und gegen Eure Durchlaucht wiederholte Ankündigung als non-avenue betrachtet werden, rechtfertigt die Vorsicht, mit welcher wir jene Ankündigung aufgenommen haben. Die ihr folgende Interpretation in der Depesche des Kardinals Nina vom 23. März hatte dieselbe bereits in Betreff der Zeit und des Umfangs der Erfüllung auf ein Unbefriedigendes beschränkt; jetzt wird dieselbe zurückgenommen. Mit derselben Leichtigkeit, die das auch zu jeder späteren Zeit haben ges können.

Wenn, wie der Kardinal-Staatssekretär andeutet, der Papst genötigt sein würde „de laire connaître aux catholiques l'issue de négociations“, so sind auch wir nicht mehr in der Lage, die bisher von uns beobachtete Zurückhaltung fortzusetzen, da der Ausgang der Verhandlungen nur durch die Veröffentlichung des ganzen Verlaufes und aller Phasen derselben verständlich werden kann.

Eure Durchlaucht wird aus den öffentlichen Blättern bekannt sein, daß wir die in dem Staatsministerialbeschlusse vom 17. März beabsichtigte Vorlage an den Landtag gebracht haben. Wir werden unsere Absichten in der Gesetzgebung zu verwirklichen suchen, ohne von der Kurie eine Gegenkonzeption zu erhalten oder zu erwarten, lediglich im Interesse der katholischen Unterthanen Seiner Majestät des Königs. Wenn diese Bestrebungen der königlichen Regierung durch den Widerstand der päpstlichen Partei im Landtage zu Fall gebracht werden, oder wenn die Gefährlichkeit von der ihr zu gewährenden Möglichkeit, die Seelsorge zu üben, keinen Gebrauch machen sollte, so können wir das nicht ändern, wissen uns aber auch für die Folgen nicht verantwortlich.

Eure Durchlaucht wollen sich gefälligst nach Anleitung dieses Erlasses gegen den Pronuntius aussprechen.

gez. v. Bismarck.

Seiner Durchlaucht
dem kaiserlichen Botschafter
Prinzen Heinrich VII. Reuß

Wien.

— Das „Berl. Tageblatt“ schreibt zu dem Kampfe gegen Rom:

„Wenn bei internationalen Differenzen erst der Anfang mit der Veröffentlichung diplomatischer Aktenstücke gemacht wird, dann ist die Verwickelung bis zu einem Punkte gediehen, auf welchem jede Aussicht auf eine friedliche Beilegung der Meinungsverschiedenheiten verschwunden ist und der Kriegesfall nahe bevorsteht.“

An diese Aeußerung, die Fürst Bismarck vor einem Jahrzehnt gethan, muß man unwillkürlich erinnert werden, wenn man sieht, wie jetzt mit einem wahren Feuerifer die diplomatische Korrespondenz der höchsten Staatsbeamten in Sachen des kirchenpolitischen Konflikts in die Öffentlichkeit geschleudert wird.

Auch in Ihrer gestrigen Abendausgabe publiziert die „N. A. Z.“ wiederum drei Aktenstücke. Und während die bisher publizierten Korrespondenzen aus dem Monat April datirte, stammen die neuesten Aktenstücke sämtlich aus diesem Monat und tragen die Daten des 5., des 14. und des 21. Mai. Es ist in der diplomatischen Welt geradezu unerhört, daß derartige amtliche Schriftstücke, von denen das letzte kaum eine Woche alt ist, in solcher Art und Weise der Öffentlichkeit übergeben werden. Schon dieser Umstand zeigt, daß der Reichskanzler jede Rücksicht auf die Kurie aufgegeben hat; freilich aber sehen wir aus den Aktenstücken selbst auch den Grund, der ihn zu diesem rücksichtslosen Vorgehen anspornt; dieser Grund ist ersichtlich die Drohung des Papstes, daß er seinerseits der katholischen Welt über den ganzen Verlauf der Angelegenheit Mittheilung machen werde.

Diesem päpstlichen Vorhaben ist Fürst Bismarck nun thatsächlich zuvorgekommen. Mit welchem Erfolg indeß, das bleibt noch abzuwarten. Die neuesten Publikationen bestätigen und erläutern nur, was aus den früheren schon bekannt war, daß nämlich der Papst auf die erste Kunde von dem Projekt der diskretionären Gewalt eine ablehnende Haltung eingenommen und diese durch den Pronuntius Jacobini späterhin nur ausführlicher hat motiviren lassen. Ersichtlich wird jetzt aber auch, daß diese Zurückweisung der Idee der diskretionären Gewalt seitens des Papstes nicht erst, wie das vielbesprochene römische Telegramm der „Röln. Zig.“ glauben lassen mußte, aus den Tagen datirt, da der betreffende Gesandtenbrief an den Landtag gelangte, sondern bereits kundgegeben wurde, als der Papst auf amtlichem Wege Kenntniß von dem Staatsministerialbeschlusse erhielt, welcher jene Idee sanktionirt hatte.

Ebenso sehr ist aber auch Fürst Bismarck seinerseits im Recht, wenn er sagt, diese ablehnende Haltung des Papstes könne auf das, was wir im eigenen Lande zu thun haben, keine Wirkung üben. In der That, wenn die gesetzgebenden Faktoren Preussens das Gesetz zu Stande bringen, so mag die Kurie dagegen protestiren so viel sie will; es kann das die preussische Regierung nicht im mindesten betreffen. Im Gegentheil wird sich die römische Hierarchie die Folgen ihres fortgesetzten Widerstandes lediglich selber beizumessen haben, denn daß dieselben vorzugsweise ihr selbst, und erst in zweiter Linie dem Staate, unangenehm fühlbar werden würden, bedarf nicht erst langer Auseinandersetzung.

Niemlich ebenso klar aber ist, daß auch die Ablehnung der Vorlage über die diskretionäre Gewalt seitens des Abgeordnetenhauses der Kurie keinerlei Vortheil bringen könnte. Formell könnte man ja darin allenfalls einen Triumph des Papstes sehen wollen, da er sich nun einmal gegen die Vorlage erklärt hat; sachlich aber wäre die Ablehnung für die Kirche eine Niederlage, da sie alsdann lediglich wieder den Gesetzen gegenüberstehen würde, denen sie sich angeblich schlechterdings nicht unterwerfen kann. Bei Seite lassen wollen wir hier die am Schlusse des letzten Schreibens angedeutete Meinung des Reichskanzlers, daß die Ablehnung des Gesetzes im Abgeordnetenhause lediglich auf das Konto der Centrumpartei zu schreiben sein würde; wie die Dinge liegen, würden die National-liberalen mindestens die gleiche Verantwortlichkeit

auf sich zu nehmen haben, die Fürst Bismarck dem Centrum allein aufbürden will.

Jedenfalls bleibt die Frage die wichtigste, wie Fürst Bismarck sich dem fortgesetzten Widerstand der Kurie gegenüber — mag die diskretionäre Gewalt nun bewilligt oder verweigert werden — verhalten würde. Und die hier sich eröffnenden Aussichten haben wahrlich für Rom nichts gerade Erfreuliches. Denn darüber möge der Papst sich nicht täuschen, ist der Krieg einmal entbrannt, so wird Fürst Bismarck ihn auch mit äußerster Energie zu führen wissen. In Frankreich steht der Ausbruch eines unter Umständen noch viel intensiveren Kampfes gegen die Kirche, als sie ihn bei uns heraufbeschworen hat, in naher Sicht; in Belgien ist die Spannung zwischen Staat und Kirche auf's Höchste gestiegen, und Niemand zweifelt wohl, daß es dem mächtigen Einfluß des Fürsten Bismarck ein Leichtes sein würde, dem Papste durch eine nachhaltige Unterstützung jener Regierungen eine Niederlage um die andere zu bereiten. Kommt zu diesen bedenklichen und bedrohlichen Aussichten aber vollends noch in Deutschland ein mit voller Macht wieder ausbrechender Kulturkampf, so dürfte Rom sicherlich nach keiner Richtung hin als Sieger aus den Konflikten hervorgehen.

Ausland.

Paris, 26. Mai. Gambetta soll Leon Say telegraphisch zu seiner Wahl zum Senatspräsidenten beglückwünscht haben. Die Deputirten Clemenceau, Barodet und Louis Blanc, die Delegirten der Abgeordneten von Paris, hatten heute Morgen eine Besprechung mit dem Minister des Innern über die am Sonntag stattgehabten Vorgänge. Der Minister erklärte unter Anderem auch energisch, daß er die Vorlesungen und das Verfahren des Polizeipräsidenten vollständig billige, daß er bei gleichen Veranlassungen stets in derselben Weise handeln werde und daß übrigens die von gewissen Blättern der Polizei zugeschriebenen Brutalitäten erfunden seien. In Folge dieser Antwort steht für morgen eine Interpellation in Aussicht.

Der „Temps“ bestätigt, daß das nationale Fest der Fahnenweihe am die Truppen nicht auf den 20. Juni, sondern, wie bereits gemeldet, auf den 14. Juli festgesetzt ist.

Provinzielles.

Stettin, 28. Mai. Am 2. Pfingstfeiertage veranstaltete der Dampfer „Pommern“ eine Exkursion von Greifswald nach der Insel Die und scheinen die Theilnehmer derselben verschiedene höchst interessante Funde gemacht zu haben. Dem „Greifswalder Tagebl.“ wird von einem Theilnehmer darüber geschrieben: Die geologische und archäologische Expedition schien die meisten Schätze aufgefunden zu haben. So sahen wir ein 25 Kilogramm schweres Stück eines versteinerten Holzstammes, der Angabe nach unter die Ordnung der in vorjünglicher Zeit auf der Die gestandenen Coniferenarten gehörend, welches ein Schiffeleucht dem glücklichen Finder leuchtend auf das Verdeck des Dampfers nachtrug. Versteinerte Paranasen kamen vielfältig vor. Ferner der versteinerte Finger eines Hünen. Ein junger Mediziner wollte durch die für Renner noch ersichtlichen Fingerwurzel ganz bestimmt nachweisen, daß dieser Finger der kleinste der linken Hand gewesen sei. Ein versteinertes Badenzahn eines richtigen Hünen mit vollständig erhaltenen Wurzeln; nach der Ansicht eines sehr gelehrten Zoologen muß der zeitige Inhaber dieses Riesenzahns unbedingt ein Vegetarianer gewesen sein. Es wurde ferner vorgezeigt das genaue Modell des Dpserfells auf der Herthaburg und das versteinerte Riesfläschen der Hertha, sowie das versteinerte Herz eines Hünenkleins mit völlig verkrüppelten Herzklammern. Eine sehr interessante Versteinung fand allgemeine Bewunderung; da diese jedoch mehr in die Abtheilung der geburtschützlichen Klinik gehört, so mag diese Andeutung genügen.

Ein Zoologe schien einen ganz besonders werthvollen Fund gemacht zu haben, bestehend in einem weissen Knochen. Es wurde vielfach darüber gestritten, welchem menschlichen Geschöpfe derselbe wohl angehört haben möge. Schließlich entschied die Ansicht, daß dieser merkwürdige Knochen unweifelhaft herrühren müsse von der weissen Dame von Votibieu. Eine in der Versteinung begriffene Gräte wurde als Gräte der Schwanzflosse eines vorweltlichen Riesensalamanders erklärt; nach der Ansicht eines jungen, sehr feurigen Zoologen sogar dem Schwanzende zugehörend des unlängst bei den Ausgrabungen in Olympia aufgefundenen prähistorischen Archäopteris, diese Urbestie zwischen Vogel und Reptil.

Es würde zu weit führen, wenn wir die lebend aufgefundenen jungen Salamander und Unkenarten, die vielen Funde von Bernstein, Versteinungen, Pflanzenabdrücken u. dgl. beschreiben wollten; aber eine für Numismatiker sehr interessante Thatsache wollen wir nicht unerwähnt lassen, nämlich den merkwürdigen Fund zweier augenscheinlich mit Händegewalt zerbrochener Nidelgeldstücke, an welchen der Fingereindruck noch deutlich zu erkennen war. Ein in nicht gelehrten Kreisen nicht gerühmter Ethnologe behauptete, daß die in frühgeschichtlicher Zeit auf der Die residirenden Hünenfürsten schon Nidelmünzen geschlagen haben müßten; er bezog sich für diese Ansicht auch auf eine aufgefundenen alte Urkunde, die leider wegen sehr bedenklicher Flecken unlesbar zu lesen war, dagegen schien das Datum der Ausfertigung und die Unterschrift noch deutlich erkennbar. Das Merkwürdige bei diesen Nidelstücken war, daß dieselben auf den ganz entgegengesetzten Enden der Insel ausgegraben worden sein sollen.

Das auch noch bewunderte Stück einer äußerst fabelhaften am Strande aufgefundenen Majolica-

Schüssel phönizischen Ursprungs bestärkte verschiedene Renner des Alterthums in der Annahme, daß in vorchristlicher Zeit die Kulturvölker Klein-Asiens und der Die unzweifelhaft im regsten Seeverkehr gestanden haben müssen. Vertreter der hiesigen Kaufmannskompagnie behaupteten, dies schon in den vorjüngstlichen Zeiten der hiesigen alten Hanse bestätigt gefunden zu haben. Wer beschreibet noch weiter die übrigen märchenhaften Funde! Wir hoffen, daß der angeregte Gedanke einer Kollektiv-Ausstellung dieser fabelhaften Funde seitens der glücklichen Besitzer fest gehalten und demnächst zu Nuß und Frommen aller Wissbegierigen zur Ausführung gelangen wird.

Soweit der Theilnehmer im „Greifsw. Tageblatt“, dessen lustige Entdeckungsgeschichte wir unverkürzt mitgetheilt haben zum Beweise, daß auch auf der Universität Greifswald noch lustige, von frischem Humor besetzte Burschen zu finden sind, denn als etwas anderes als ein Studenten-Ull ist doch die Sache nicht zu betrachten.

Die im hiesigen Bullen gebaute Korvette Freiherr von Stein, mit deren Ueberführung von hier nach Kiel der hiesige Lootsenkommandeur Barandon betraut worden war, ist unterwegs bei hellem Wetter circa 4 Uhr Morgens auf ein Riff Danjerort bei Brerow gerathen. Das Riff ist etwa eine deutsche Meile vom Lande entfernt, aber auf den Seearten ausdrücklich vermerkt. Das Schiff kam nur mit Mühe wieder ab; wenn das Wetter stürmisch war und der Wind dem Lande zustand, so wäre das Schiff, das ca. 4,000,000 Mark gelost haben soll, unbedingt verloren gewesen. Wie man uns mittheilt, soll schon vor der Strandung ein verdächtiges Mullen der Schraube, als befände man sich auf flachem Wasser, bemerkt, der Rours aber trotzdem nicht geändert worden sein. Hoffentlich wird das hiesige Seegericht Veranlassung nehmen, den Vorfall näher zu untersuchen und den etwaigen Schuldigen zur Rechenschaft zu ziehen. Den Schaden trägt einstweilen der „Bullen“ resp. die Versicherungsgesellschaft, da der „Stein“ von der Marine selbst erst in Kiel abgenommen werden sollte. Das Schiff ist zur Ausbesserung des Schadens inzwischen in Kiel gebockt.

Die gestrige Vorstellung im Circus Herzog bot zum ersten Male das Ausstattungsspiel „Die Nibelungen oder der gebornene Siegfried“ und erzielte Herr Direktor Herzog damit einen vollen Erfolg. Wenn schon in „Tausend und eine Nacht“ eine so mannigfache Augenweide geboten war, daß man eine Steigerung kaum für möglich hielt, so wird es durch die Nibelungen doch noch an Pracht übertroffen. Die erste Abtheilung, „Siegfrieds Abschied vom Elternhause“, bietet schon eine Reihe der effektivsten Bilder; außer dem Ballet und den sehr geschickt arrangirten Gruppirungen fand darin besonders ein Schwerterkampf lebhaften Beifall. In der zweiten Abtheilung wird Siegfried durch Gnommen vor die Höhle des Drachen geführt und während die Gnommen eilends entfliehen, tritt der Drache Feuer schraubend aus der Höhle und Siegfried nimmt den Kampf mit ihm auf, tödtet ihn und befreit Chrimhilde. In der dritten Abtheilung, in welcher unser König Günther's Wer um Brunhilde vorgeführt wird, fesselt besonders der Zweikampf Siegfrieds mit Brunhilde und der Wallürenritt, von 20 Damen der Gesellschaft ausgeführt. Daran schließen sich 4 lebende Bilder, welche in der Manege auf einem hohen beweglichen Bismarck gestellt werden; dieselben veranschaulichen die Doppelhochzeit Günther's mit Brunhilde und Siegfried's mit Chrimhilde, die Ermordung Siegfried's durch Hagen auf der Jagd, die Verurteilung des Nibelungenschatzes in den Rhein durch Hagen und als Schlußtableau: Apotheose. Das ganze, sehr geschickt ausgeführte Arrangement hält sich genau an die deutsche Sage; für diejenigen, welchen diese unbekannt sein sollte, sind bei den Billetern ausführliche Textbücher zu haben. Das Ausstattungsspiel wurde vom Publikum mit allgemeinem Beifall aufgenommen und Herr Direktor Herzog am Schluß stürmisch gerufen. Auch die vor den Nibelungen aufgeführten Nummern in Pferdebesetzung, Schluß- und Kunstreiten befriedigten allgemein, besonders erregte die vollendete Dressur des Fuchshengstes Osman Pascha durch Herrn Direktor Herzog wieder Bewunderung und wurde dem Direktor am Schluß ein Lorbeerkranz aus dem Publikum überreicht, während den Damen durch einen Kunst-Entfussstänzen prächtige Blumenbouquets gesendet wurden. Wir können den Besuch der Vorstellungen, welche übrigens bald ihr Ende erreichen werden, warm empfehlen.

Zwingt Jemand einen Anderen, welcher eine Straftat begangen, zu einer Geldleistung an die Ortsarmenkasse zum Zweck der Sühne der Straftat mit der Drohung, daß, wenn dieser diese Geldbusse nicht freiwillig leihe, er die Sache zur Anzeige bringen werde, so ist er, nach einem Erkenntniß des Reichsgerichts, II. Strafsenate, vom 19. März d. J., wegen Erpressung aus § 253 Str.-G.-B. zu bestrafen.

Gestern Nachmittag gegen 3 Uhr brach auf dem Grundstücke Schwarzer Damm Nr. 1 in der Chamottfabrik Feuer aus, welches dadurch entstand, daß ein Arbeiter Robert Schumann aus eigenem Antriebe das Dach eines Trockenschuppens zu theeren begann und zu diesem Zwecke den Theer in einem Behälter auf dem Dache legte. Während sich Schumann auf kurze Zeit entfernt hatte, legte der Theer über und setzte die frisch gestrichenen Stellen sofort in Brand. Den schnell herbeigeeilten Arbeiter gelang es, die Gefahr zu beseitigen, ehe die Feuerwehre zur Stelle war.

Durch eigene Schuld stürzte der Brauergeselle Ludwig Friedrich in der Johannisberg-Brauerei in Grünhof von einer Treppe und erlitt

einen Schädelbruch. Der Verunglückte wurde nach der Kranken-Anstalt „Bethanien“ gebracht, doch wird an seinem Aufkommen gezweifelt.

Ein Schuhmacher M i a n o w i z, wohnend bei der Witwe Albrecht, Krautmarkt Nr. 1, entfernte sich gestern von dort heimlich, nachdem er ein Kleiderpind erworben und daraus Garbobe im Werthe von circa 17 Mark entwendet hatte; außerdem öffnete er eine Kiste mittelst Nachschlüssel und nahm daraus einen goldenen Trauring und 36 Mk. baares Geld.

Tempelburg, 25. Mai. Gestern Morgen um sechs ein halb Uhr brannte in dem Dorfe Groß-Rinichen, 15 Kilometer von hier entfernt, die Scheune des Gemeindevorsehers Herrn Friedrich Z u n k e r total nieder. Getreide- und Futtermittel, sowie drei Schweine und Adergeräthschaften sind mit verbrannt. Herr Junker hatte bei dem großen Brande in Rinichen 1874 das Unglück, sein ganzes Gehöft, damals nur die Gebäude niedrig verfertigt, einzubüßen und ist durch diesen Fall, wo die alte Wunde kaum vernarbt, wieder sehr unangenehm berührt. Das Gebäude ist bei der Neumärkischen Land-Feuer-Societät, der Inhalt jedoch nur sehr mäßig bei der in hiesiger Gegend allgemein beliebten und ausgebreiteten Berlin-Rölnischen Feuer-Versicherungs-Gesellschaft versichert. Die Entstehungs-Ursache des Feuers ist bisher unbekannt.

Greifswald, 26. Mai. Dieser Tage ist der Verkauf der Gleswiger Fähre an die Regierung zum Preise von 22,500 M. perfekt geworden. Bekanntlich hat unsere Stadt seit Jahrhunderten die Fährgerechtigkeit ausgeübt. Nachdem aber die Kosten der Unterhaltung von Jahr zu Jahr namentlich infolge der großen Sturmfluthen immer höher stiegen, — irren wir nicht, so sind in den letzten Jahrzehnten nahe an 100,000 M. für diese Fähre verausgabt — so suchte sich die Stadt von dieser schweren Last freizumachen, was ihr auch im Wege des Prozesses gelang. Wir können uns zu dem endlichen Abschluß dieser Angelegenheit nur gratuliren.

Bemerktes.

Der Spleen scheint schon von jeher eine Nationaleigenthümlichkeit der Engländer gewesen zu sein und kein Land hat wohl zahlreichere und größere Narren, die in der Sucht nach originellen Thaten auf die tollsten Einfälle gerathen, beherbergt als das stolze Britannien. Von einem einzig in seiner Art dastehenden Fall, der selbst im jetzigen Amerika Sensation machen dürfte, erzählt der „Hamb. Corr.“ unterm 27. November 1780. Der in der jetzigen Jubiläumsausgabe dieses Blattes: „Das folgende Avertissement, welches in Handzetteln ausgehellt, und heute sogar in den Zeitungen zu lesen ist, wird vermuthlich das erste in seiner Art sein: „Thomas Touchwood, dem mit seinem Leben nicht weiter gebiet ist, will sich am Montage, den letzten November, auf Subskription erschließen. — Da diese Art einer öffentlichen Unterhaltung ganz neu ist, so hofft er, sie werde die Aufmerksamkeit und Begünstigung eines geehrten Publikums verdienen. Er wird sich zweier scharf geladener Pistolen bedienen und eine durch den Unterleib und die andere durch den Kopf abfeuern. Ein Saal in Pantonsfreet, am Haymarket, ist sehr bequem zu dieser Expedition eingerichtet. Damen, die früher subskribiren, werden die besten Sitze erhalten, wo sie die Verwundungen, Gesichtsverwundungen, den Todeskampf und das Gehirn des Sterbenden auf das Vollkommenste und Genaueste werden sehen und beobachten können. Die Thüren zur Sterbebühne werden um acht Uhr eröffnet und auf den Schlag Neun wird sich Herr Touchwood erschließen. Der Subskriptionspreis ist eine halbe Guinee.“ Eine spätere Notiz aus London meldet, daß die Polizei diese „neue Art öffentlicher Unterhaltung“ verbietet und so mußte denn Herr Touchwood seine „Sterbebühne“ abschlagen lassen und auf das gute Geschick verzichten. Wir wollen nachträglich annehmen, daß seine guten Freunde ihn rechtzeitig dorthin expedirt haben, wohin er gehörte, ins Irrenhaus.

Telegraphische Depeschen.

Bromberg, 27. Mai. Der Minister Dr. Lucius und der Oberpräsident Günther sind heute Nachmittag hier eingetroffen und haben im Laufe des Tages noch die Provinzial-Gewerbe-Ausstellung besucht. Die landwirthschaftliche Ausstellung wird morgen eröffnet.

Paris, 27. Mai. Senat. Der Präsident verlas eine Zuschrift Leon Say's, worin er seinen Dank ausspricht für seine Wahl zum Präsidenten und zugleich anzeigt, daß er bei dem Präsidenten Grey um Entbindung von dem Botschafterposten in London nachgesucht habe.

London, 27. Mai. Wie es heißt, werde bei dem Zusammentreten der Konferenz in Aussicht genommen, daß zur Regulirung der griechischen Grenze eine technische Kommission der Konferenz folge, welche auf Grund der gefaßten Beschlüsse an Ort und Stelle ihre Arbeiten vornehme.

Petersburg, 27. Mai. Ein heute veröffentlichtes Bulletin sagt, daß der Gesundheitszustand der Kaiserin in der letzten Woche keine wesentliche Veränderung erfahren habe.

Bukarest, 27. Mai. Das amtliche Blatt veröffentlicht eine von den Muhamedanern in der Dobrudscha bei Gelegenheit der Feier des 22. d. M. an den Fürsten Karl gerichtete Adresse, worin es heißt, daß die Muhamedaner in Anbetracht der Rechtsgleichheit und des Schutzes, die sie unter den rumänischen Gesetzen besäßen, sich glücklich fühlten, in würdiger Weise und als Rumänen den Jahrestag der Thronbesteigung des Fürsten begehen zu können und daß sie demselben eine lange und glorreiche Regierung wünschten.